

Dienstleistungsauf... - 77649-2011

09/03/2011 S47 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.

D-Rodgau: Öffentlicher Verkehr (Straße)

2011/S 47-077649

BEKANNTMACHUNG – SEKTOREN**Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Stadt Rodgau - Eigenbetrieb Stadtwerke Rodgau
Friedberger Straße 37
63110 Rodgau
DEUTSCHLAND

Weitere Auskünfte erteilen: IG Dreieich Bahn GmbH (IGDB)

Im Steingrund 3
z. H. "Stadtbus Rodgau"
63303 Dreieich
DEUTSCHLAND

Tel. +49 61035067-110

E-Mail: ausschreibung@igdb.de

Fax +49 61035067-121

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: IG Dreieich Bahn GmbH (IGDB)

Im Steingrund 3
z. H. "Stadtbus Rodgau"
63303 Dreieich
DEUTSCHLAND

Tel. +49 61035067-220

E-Mail: ausschreibung@igdb.de

Fax +49 61035067-121

Angebote/Anträge auf Teilnahme sind zu richten an: Stadt Rodgau - Submissionsstelle -

Hintergasse 15
z. H. "Stadtbus Rodgau"
63110 Rodgau
DEUTSCHLAND

I.2) HAUPTTÄTIGKEIT(EN) DES AUFTRAGGEBERS

Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Stadtbus Rodgau.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag
Dienstleistungskategorie: Nr. 2
Hauptort der Dienstleistung Stadt Rodgau im Landkreis Offenbach.
NUTS-Code DE71C

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Die Linien beinhalten die innerstädtische Verkehrserschließung der Stadt Rodgau.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60112000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose

Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang**

Die Leistungen im Busverkehr können fahrplanmäßig mit 7 Fahrzeugen (3 Midibusse niederflur MBn, 1 Gelenkbus niederflur GBn, 2 Standardbusse niederflur Bn, 1 Standardbus niederflur Bn(V/E) (Verkehrsspitze und Ersatz)) und gerundeten 242.450 Nkm (Nutzwagenkilometern) p.a. sowie gerundeten 11.524 Fpl.Std. (Fahrplanstunden) p.a. erbracht werden.

II.2.2) Optionen

Ja

Beschreibung der Optionen: 1.) Dem Auftraggeber stehen ordentliche Kündigungsrechte mit Wirkung zum 10.12.2016, 9.12.2017 sowie 8.12.2018 zu. Die Kündigung ist schriftlich bis spätestens zum 01.08. eines betroffenen Jahres eingehend beim Auftragnehmer auszusprechen.

Für den Fall des Ausspruchs einer vorstehend aufgeführten Kündigung steht dem Auftragnehmer ein Anspruch auf Zahlung von Marktaustrittskosten zu, vgl. § 8 Abs. 6 Verkehrsvertrag.

2.) Neben den normalen Zu- und Abbestellklauseln (siehe Vergabeunterlagen) hat der Auftraggeber eine einseitige Option auf Zubestellung von weiteren 10 % des ursprünglichen Gesamtauftragsvolumens in Nkm.

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Beginn: 11.12.2011 Ende: 14.12.2019

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten**

Sicherheitsleistung des erfolgreichen Bieters: 5 v. H. des Brutto-Gesamt-Auftragswertes der ersten 12 Kalendermonate als Bankbürgschaft, spätestens 14 Tage nach Vertragszeichnung; näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)**

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach § 17 VOL/B (in der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung der Ausschreibung gültigen Fassung) soweit im Verkehrsvertrag nebst Anlagen nicht etwas anderes geregelt ist.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**

Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform; Auftragserteilung nur an ein federführendes und bevollmächtigtes Mitglied der Gemeinschaft; gesamtschuldnerische Haftung der Mitglieder. Eine entsprechende Erklärung ist für den Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft gemäß Anlage F zum Angebotsschreiben "Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft" abzugeben. Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Angebotsabgabe ist unzulässig. Bieter, die sich im Rahmen einer Bietergemeinschaft an dieser Ausschreibung beteiligen, können darüber hinaus kein eigenständiges Angebot einreichen. Falls derartige Angebote eingehen sollten, würde dies zwingend sowohl zum Ausschluss des Angebotes des betreffenden Einzelbieters als auch – bei Kenntnis der Bietergemeinschaft vom Angebot des Einzelbieters – des Angebotes der Bietergemeinschaft führen.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen für die Auftragsausführung**

Nein

III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: — Bietererklärung zur Zuverlässigkeit einschließlich der Erklärung nach dem Gemeinsamen Runderlass vom 3.4.1995 in der Fassung vom 14.11.2007 (StAnz. S. 2327) über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage D zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden), — Nachweis der fachlichen Eignung: Kopie einer Bescheinigung über die fachliche Eignung, ausgestellt durch die zuständige Behörde (vgl. Anlagen 4 und 6 zur PBZugV). Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise für die Beförderung von Personen im Straßenverkehr, die natürlichen Personen und Gesellschaften aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erteilt wurden, werden in unmittelbarer Anwendung des Art. 10 der Richtlinie 96/26/EG anerkannt oder Kopie einer Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM bzw. einer Genehmigungsurkunde für den Verkehr mit Mietomnibussen oder mit Mietwagen. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer IV.3.4 genannten Datum der Angebotsabgabe enden, oder Kopie einer EU-Lizenz entsprechend der EG-VO 684/92 i.d.F. 11/98, erforderlichenfalls zzgl. deutscher Übersetzung. Die Befristung der Laufzeit der erteilten Genehmigung darf nicht vor dem in Ziffer IV.3.4 genannten Datum der Angebotsabgabe enden,

— Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist. Für den Fall der Nichteintragung: die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: oder vergleichbar). [Dieser Nachweis kann als Kopie erfolgen.] Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen,

— Selbsteinschätzung: Darlegung zu kommunalwirtschaftsrechtlichen Bestimmungen (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage E zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Erklärung der Bieter- / Arbeitsgemeinschaft (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage F zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden).

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

— Angabe von vergleichbaren erbrachten Busverkehrsleistungen im Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen (falls in Deutschland erbracht: gem. § 42 PBefG; nicht: gem. §§ 43-49 PBefG; Verkehrsleistungen gem. §§ 43-49 PBefG werden nicht berücksichtigt) seit Gründung des Unternehmens, höchstens jedoch seit Beginn (01.01.) der letzten drei vollen Kalenderjahre vor dem in Ziffer IV.3.4 genannten Termin zur Angebotsabgabe (sowie ggf. Auflistung der bereits beauftragten künftig zu erbringenden Verkehrsleistungen); die benannte Anzahl braucht die im Vordruck geforderte Anzahl nicht zu überschreiten (Detaillierte Anforderung an die zu erteilenden Angaben siehe Anlage G zum Angebotsschreiben; der Vordruck ist zu verwenden),

— Bietererklärung zur finanziellen Leistungsfähigkeit: unterzeichnete Erklärung des Bewerbers hinsichtlich der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (detaillierte Anforderungen an die zu erteilende Erklärungen siehe Anlage C zum Angebotsschreiben, der Vordruck ist zu verwenden),

— Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen Finanzamtes im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen],

— Bescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit im Original oder als beglaubigte Kopie [die Bescheinigung muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültig sein. Falls auf der Bescheinigung keine Gültigkeitsdauer angegeben sein sollte, darf das Ausstellungsdatum in Bezug zum Datum der Angebotsabgabe nicht länger als 3 Monate zurückliegen].

Technische Leistungsfähigkeit**III.2.4) Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGS-AUFTRÄGE**III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) VERFAHRENSART****IV.1.1) Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN**IV.2.1) Zuschlagskriterien**

Wirtschaftlich günstigstes Angebot die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung aufgeführt sind

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt

Nein

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN**IV.3.1) Aktenzeichen beim Auftraggeber**

1812

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Nein

IV.3.3) Bedingungen für die Aushändigung von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen 1.4.2011 - 14:00

Die Unterlagen sind kostenpflichtig

Preis 10,00 EUR

Zahlungsbedingungen und -weise: Bar, Verrechnungsscheck, Überweisung.

Empfänger: IGDB GmbH.

Kontonummer: 46131314.

Bankleitzahl: 506 521 24.

Bei Kreditinstitut: Sparkasse Langen-Seligenstadt.

Verwendungszweck (bitte immer angeben !) "Stadtbus Rodgau".

Preis enthält 19 % Mehrwertsteuer.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Anträge auf Teilnahme

21.4.2011 - 13:00

IV.3.5) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Anträge auf Teilnahme verfasst werden können

Deutsch.

IV.3.6) Bindefrist des Angebots

Bis 10.6.2011

IV.3.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN****VI.1) DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD

Nein

VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN

— Zur Anwendung des Hessischen Präqualifikationsregisters (HPQR) siehe Aufforderung zur Angebotsabgabe,

— Bei persönlicher Abholung der Vergabeunterlagen ist im Vorfeld mit der IGDB GmbH ein Abholungstermin zu vereinbaren.

VI.4) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN**VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2 Postanschrift: Postfach 64278 Darmstadt

64283 Darmstadt

DEUTSCHLAND

Tel. +49 6151126348

Fax +49 6151125816

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Ergeht eine Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Bieter wegen Nichtbeachtung der Vergabevorschriften ein

Nachprüfungsverfahren nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang vor der Vergabekammer beantragen. Nach Ablauf der Frist ist der Antrag unzulässig. (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind**VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

7.3.2011